



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

12. April 2019

# Wochenbericht KW 15

forsa | Emnid | FG Wahlen | infratest dimap

Wähleranteile:	Union zwischen 30 % und 28 %, SPD bei 17 % bzw. 16 % Grüne bei 20 % bzw. 17 %, AfD bei 13 % bzw. 12 %
Politische Aufgaben:	Verbesserung der Pflege und Bildungspolitik am wichtigsten Beurteilung der Bundesregierung bei vielen Aufgaben teils deutlich positiver Handlungsbedarf wird besonders bei bezahlbarem Wohnraum gesehen
Allgemeine Lebenslage:	Mehrheit sieht Entwicklung im Land negativ Weiterhin hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland, gleichzeitig deutliche Unzufriedenheit mit der Versorgung von Pflegebedürftigen und der Sicherung der Altersversorgung
Themen Bundesregierung:	Internetzensur, Brexit, Umwelt- und Klimapolitik, Neuregelung Organspende
Wichtigstes Thema:	Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit

Steffen Seibert

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS	<b>FG Wahlen<sup>2</sup></b> für ZDF
CDU/CSU	29 (+1)	30 (-1)	28 (-2)
SPD	16 (-)	17 (-)	17 (+2)
FDP	10 (-)	9 (+1)	8 (-1)
DIE LINKE	8 (-)	9 (-)	9 (-)
B'90/Grüne	20 (-)	17 (-1)	20 (+1)
AfD	12 (-)	12 (-)	13 (-)
Sonstige	5 (-1)	6 (+1)	5 (-)
Erhebungszeitraum	01.-05.04.	04.-10.04.	09.-11.04.

Die Union liegt bei forsa 13 (+1), bei Emnid 13 (-1) und bei FG Wahlen 11 (-4) Prozentpunkte vor der SPD.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	34 (+1)
Nahles	17 (+2)
Kramp-Karrenbauer	29 (+1)
Scholz	26 (+1)
Erhebungszeitraum	01.-05.04.

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz 17 (-1) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und weiterhin mit 3 (-) Prozentpunkten nur knapp vor Olaf Scholz.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (14.04.2019)

<sup>2</sup> im Vergleich zur KW 13

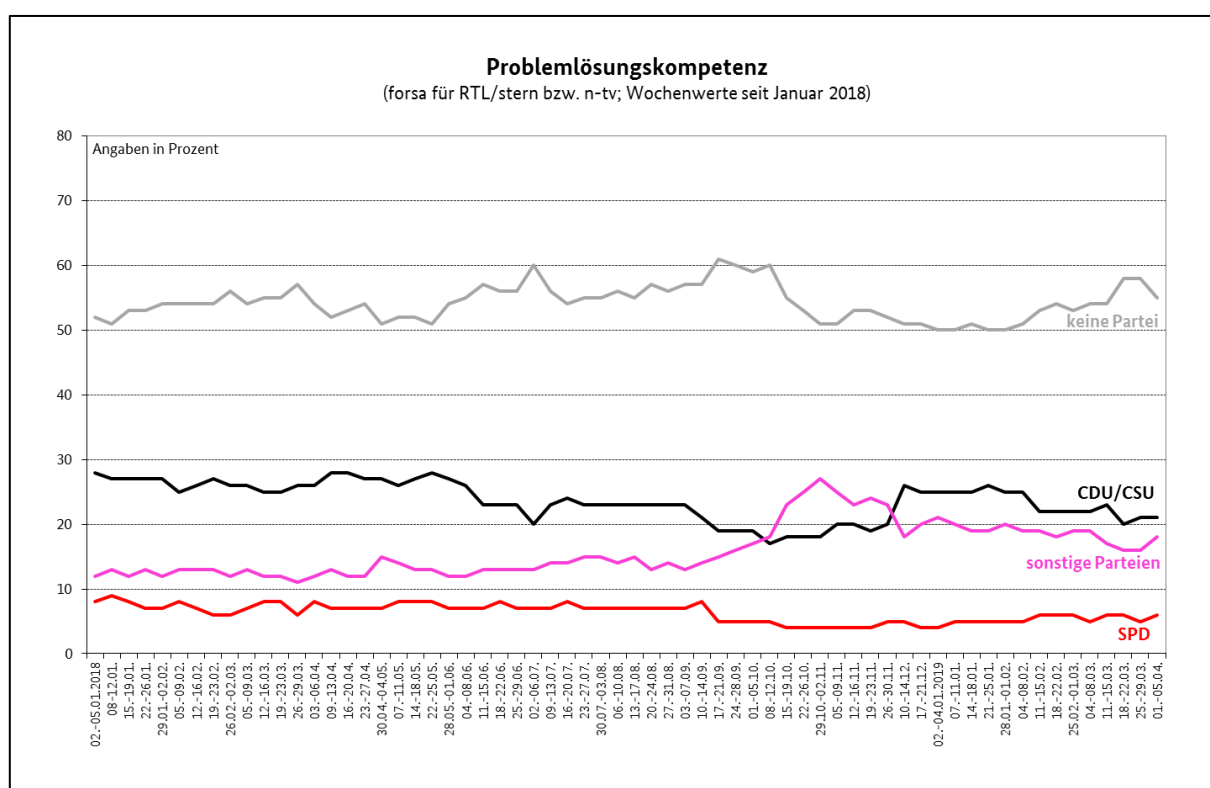
## Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	21	(-)
SPD	6	(+1)
sonstige Parteien	18	(+2)
keine Partei	55	(-3)
Erhebungszeitraum	01.-05.04.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 15 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

55 % (-3) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



## Wichtigkeit politischer Aufgaben im April 2019

Erhebung für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im März 2019

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
Bedingungen der Pflege verbessern	70 (+3)	28 (-1)	2 (-1)	0 (-)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	70 (-3)	28 (+2)	2 (+1)	0 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	67 (+1)	30 (-1)	2 (-)	1 (+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	64 (+2)	31 (-4)	2 (-)	3 (+2)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	62 (-1)	32 (-)	4 (-)	2 (+1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	56 (-2)	38 (-)	5 (+1)	1 (+1)
Steuerlast gerecht verteilen	54 (+1)	39 (-3)	6 (+2)	1 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	49 (-1)	39 (-1)	10 (+1)	2 (+2)
innere Sicherheit gewährleisten	48 (-4)	42 (+2)	7 (+1)	2 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	45 (-3)	43 (-)	8 (+1)	2 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	41 (-1)	41 (-)	11 (-2)	5 (+2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	39 (+1)	45 (-3)	12 (-1)	3 (+1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	37 (+3)	45 (-6)	15 (+2)	2 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	33 (+2)	51 (-1)	13 (-2)	3 (+1)
Energiewende zügig vorantreiben	33 (-1)	47 (+2)	13 (-2)	5 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	33 (-6)	45 (-1)	15 (+4)	6 (+2)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	32 (+1)	50 (-2)	11 (-)	5 (-)
neue Technologien fördern	32 (-)	50 (-2)	14 (+1)	3 (+1)
Staatsschulden begrenzen	26 (+3)	50 (-1)	18 (-3)	4 (-)
Verbraucherschutz stärken	23 (+2)	58 (-2)	15 (-)	3 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	23 (+4)	54 (-3)	16 (-4)	5 (+2)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	21 (+1)	59 (-)	14 (-2)	4 (-)
Erhebungszeitraum	03.-09.04.			

Eine Verbesserung der Pflegebedingungen und gute Bildungsmöglichkeiten sind für die Bundesbürger die wichtigsten politischen Aufgaben.

Die Aufgabe "Bedingungen der Pflege verbessern" wird von 50- bis 59-Jährigen (80 %) sowie von Anhängern der AfD (83 %) und der SPD (75 %) überdurchschnittlich häufig als sehr wichtig angesehen. Frauen nennen sie häufiger als Männer (75 % zu 64 %) und Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (79 % zu 56 %). Die Bildungspolitik wird von unter 30-Jährigen (75 %) sowie von Anhängern der Grünen (84 %) und der AfD (80 %) überdurchschnittlich oft als prioritär angesehen. Personen mit hoher formaler Bildung nennen sie häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (77 % zu 64 %).

## ● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im April 2019

Ernied für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im März 2019

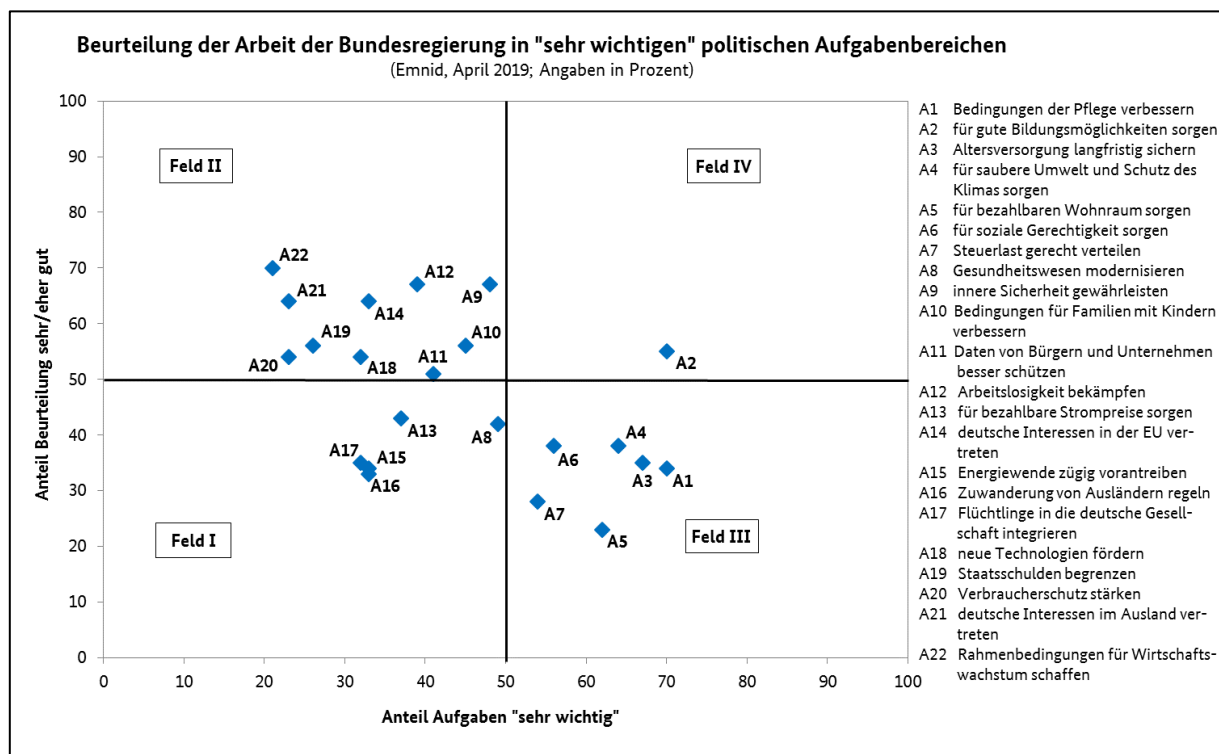
politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	70 (+3)	21 (-2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	67 (+7)	28 (-8)
innere Sicherheit gewährleisten	67 (+7)	29 (-6)
deutsche Interessen in der EU vertreten	64 (+1)	28 (-2)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	64 (+1)	29 (+1)
Staatsschulden begrenzen	56 (+2)	34 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	56 (+4)	38 (-3)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	55 (-1)	40 (-)
Verbraucherschutz stärken	54 (+1)	35 (-3)
neue Technologien fördern	54 (-1)	37 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	51 (+1)	42 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	43 (+1)	51 (+3)
Gesundheitswesen modernisieren	42 (+7)	52 (-5)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	38 (+1)	58 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	38 (-4)	58 (+4)
Altersversorgung langfristig sichern	35 (+7)	59 (-8)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	35 (-2)	62 (+5)
Energiewende zügig vorantreiben	34 (-6)	59 (+4)
Bedingungen der Pflege verbessern	34 (+1)	62 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	33 (-)	63 (+1)
Steuerlast gerecht verteilen	28 (+2)	67 (-2)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	23 (+2)	72 (-2)
Erhebungszeitraum	03.-09.04.	

In 11 von 22 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

Im Vergleich zum Vormonat ist in vielen Politikfeldern der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, teils deutlich gestiegen. Dies gilt besonders für die Bereiche "Arbeitslosigkeit bekämpfen", "innere Sicherheit gewährleisten", "Gesundheitswesen modernisieren" und "Altersversorgung langfristig sichern" (jew. +7 Prozentpunkte). Im Politikfeld "Energiewende zügig vorantreiben" verringert sich dagegen der Anteil der Bevölkerung, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut einstufte, um 6 Prozentpunkte.

## Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem im Aufgabenbereich „für bezahlbaren Wohnraum sorgen“ (A5), bei der gerechten Verteilung der Steuerlast (A7), im Aufgabenbereich „die Bedingungen der Pflege verbessern“ (A1), bei der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A3), beim Umwelt- und Klimaschutz (A4) und im Aufgabenbereich „für soziale Gerechtigkeit sorgen“ (A6).

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, bei denen eine hohe Übereinstimmung zwischen der Einschätzung der Wichtigkeit und der Beurteilung der Regierungspolitik festzustellen ist; in diesem Monat lediglich die Bildungspolitik (A2).

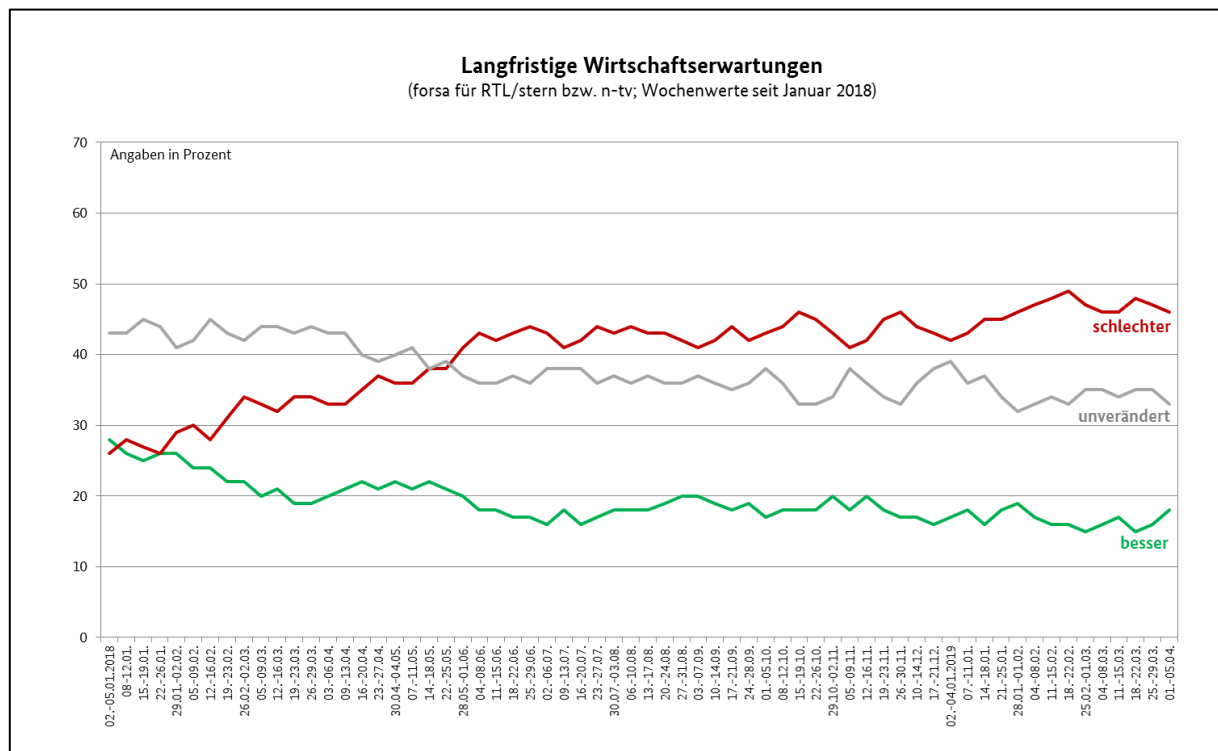
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	18	(+2)
schlechter	46	(-1)
unverändert	33	(-2)
Erhebungszeitraum	01.-05.04.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 28 (-3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



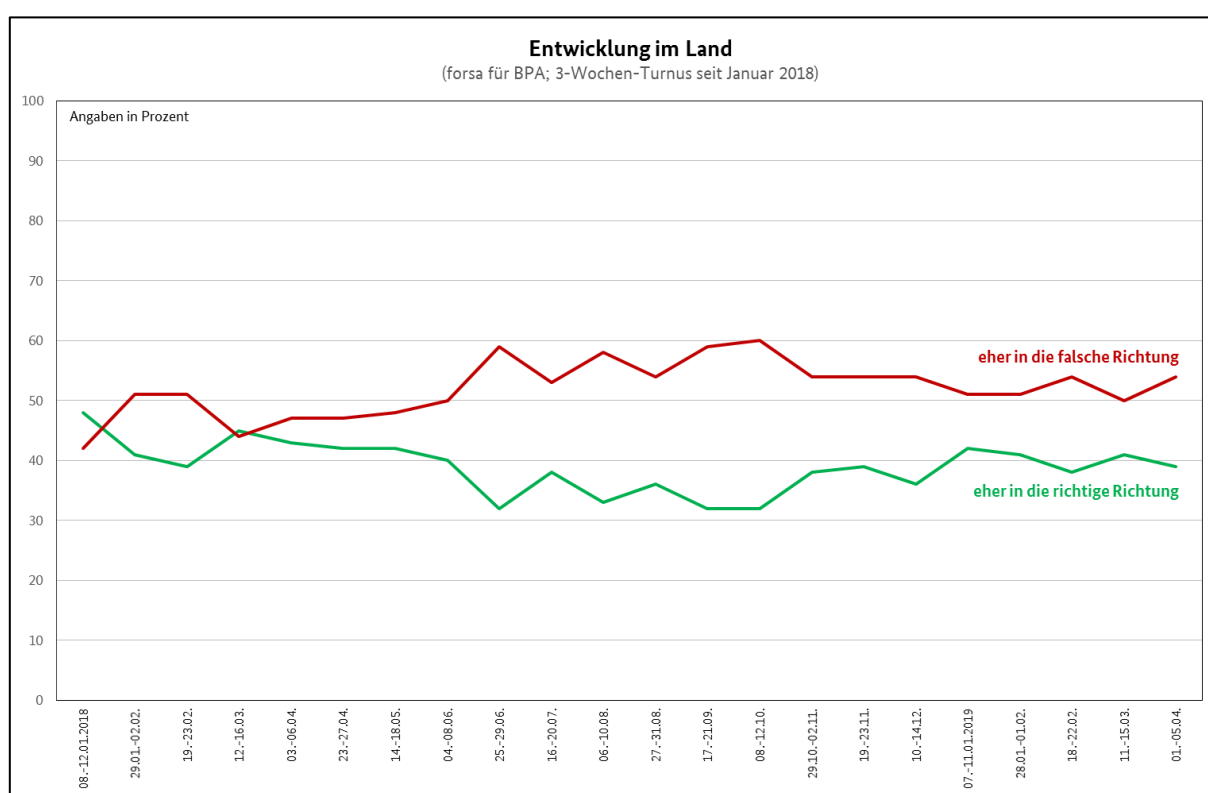
## Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	39 (-2)
eher in die falsche Richtung	54 (+4)
Erhebungszeitraum	01.-05.04.

Unter 30-Jährige (45 %) sowie Anhänger der Union (60 %), der SPD und der Grünen (jew. 47 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht.

Für Anhänger der AfD (88 %) und der Linkspartei (73 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.





## Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

Wie zufrieden sind Sie mit der/dem ...?	(sehr) zufrieden		weniger bzw. gar nicht zufrieden	
Lebensqualität in Deutschland	86	(-)	14	(+1)
Lage am Arbeitsmarkt	71	(-)	23	(-1)
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	57	(+3)	42	(-3)
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	42	(-3)	51	(+5)
Schul- und Bildungssystem in Deutschland	39	(+2)	58	(-2)
Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	33	(-3)	60	(+1)
Integration von Zuwanderern und Ausländern	33	(-2)	62	(+1)
Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	30	(-4)	67	(+3)
Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	24	(-3)	75	(+4)
Versorgung von Pflegebedürftigen in Deutschland	19	(-1)	76	(-)
Erhebungszeitraum	01.-05.04.			

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (86 %), der Lage am Arbeitsmarkt (71 %) und dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (57 %) zufrieden oder sehr zufrieden. In sieben von zehn Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger bzw. gar nicht zufrieden.

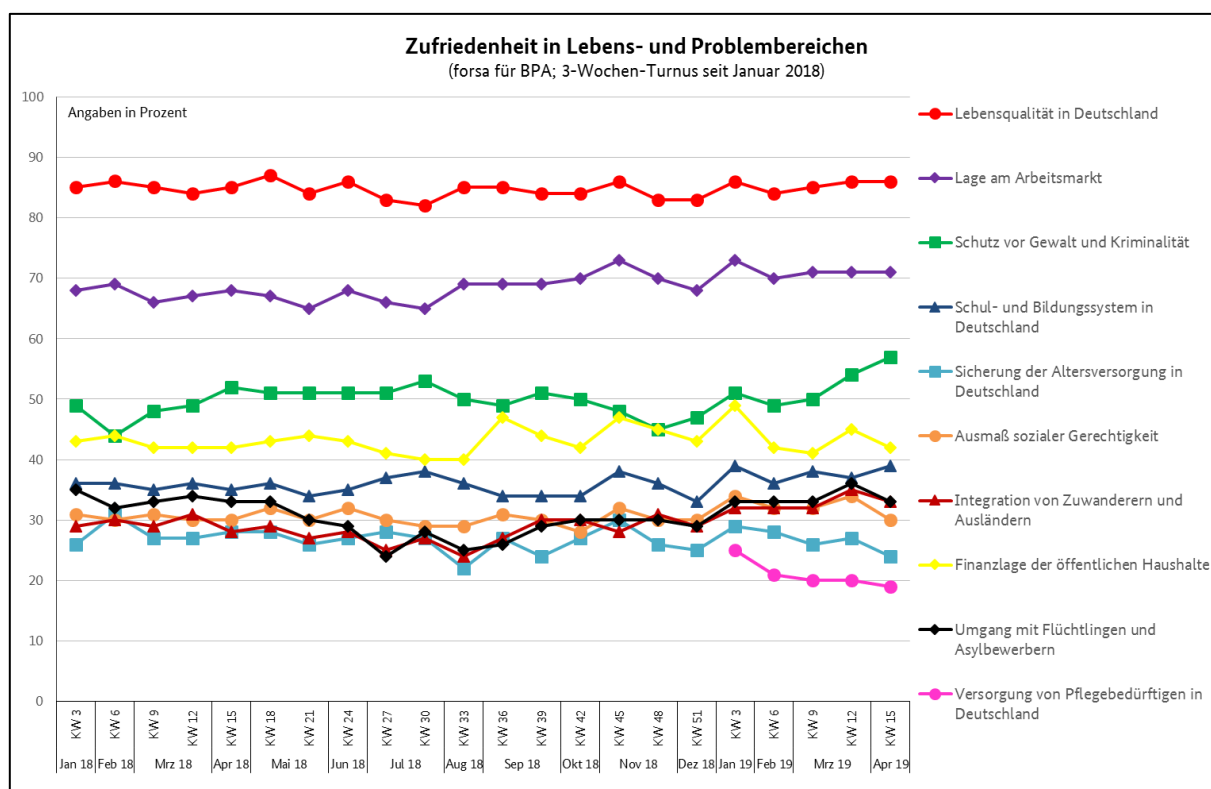
Anhänger der Grünen (74 %), der FDP (70 %), der Linkspartei (67 %) und der SPD (63 %) sind überdurchschnittlich häufig (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 30-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (70 % zu 45 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (65 % zu 46 %). Ostdeutsche (56 %) und Geringverdiener (50 %) sowie Anhänger der AfD (83 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Unter 30-Jährige (49 %) sowie Anhänger der SPD, der Grünen (jew. 48 %) und der Union (46 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte. Personen mit einfacher formaler Bildung (61 %), 30- bis 59-Jährige und Gering- bzw. Mittelverdiener (jew. 58 %) sowie Anhänger der AfD (64 %) und der Linkspartei (57 %) sind überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar nicht zufrieden.

45- bis 59-Jährige (66 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (65 %) sowie Anhänger der AfD (82 %) und der FDP (70 %) sind überdurchschnittlich häufig unzufrieden mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern. Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (66 % zu 55 %).

Anhänger der Linkspartei (88 %) und der AfD (87 %) sind besonders oft unzufrieden mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit. Auch mit der Sicherung der Altersversorgung sind Anhänger der AfD (89 %) und der Linkspartei (86 %) überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar nicht zufrieden ebenso unter 45-Jährige (85 %).

45- bis 59-Jährige (81 %) sowie Anhänger der AfD (83 %) der Grünen und der Linkspartei (jew. 81 %) sind überdurchschnittlich häufig unzufrieden mit der Versorgung von Pflegebedürftigen.



## Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

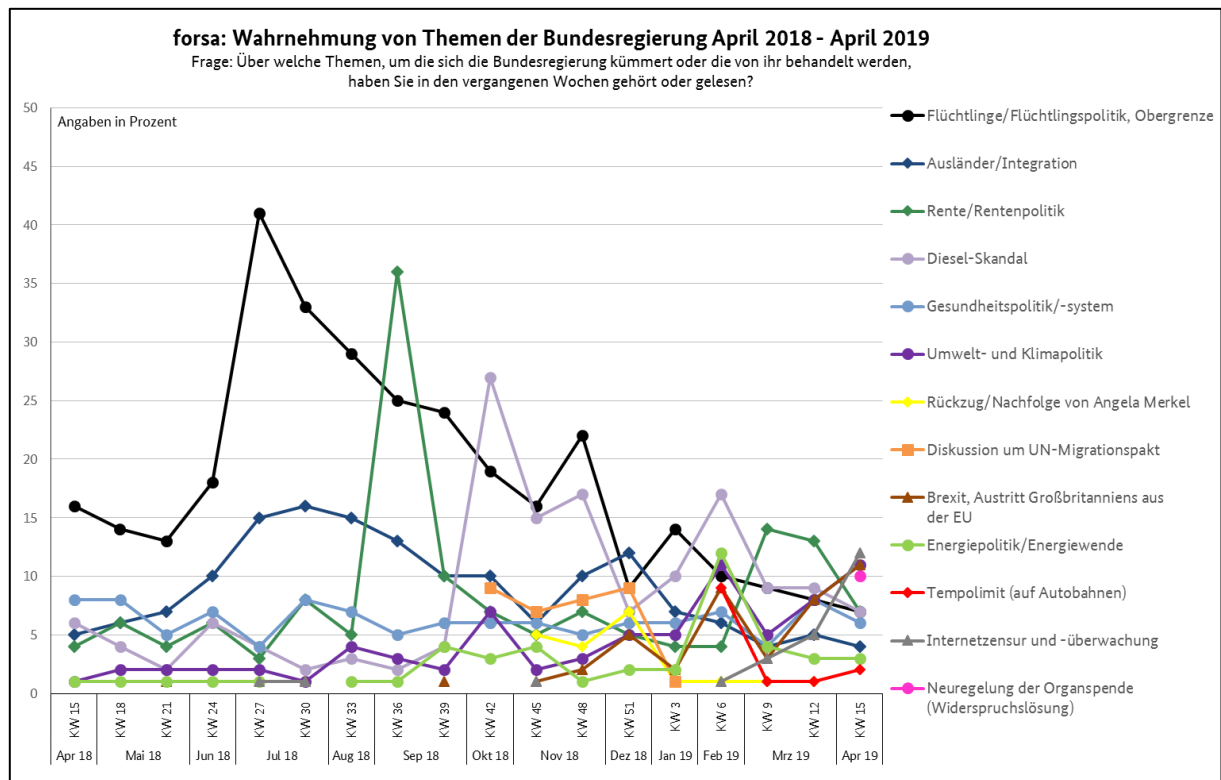
	forsa für BPA
Internetzensur und -überwachung	12 (+7)
Brexit, Austritt Großbritanniens aus der EU	11 (+3)
Umwelt- und Klimapolitik	11 (+3)
Neuregelung der Organspende (Widerspruchslösung)	10 (neu)
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik, Obergrenze	7 (-1)
Diesel-Skandal	7 (-2)
Rente/Rentenpolitik	7 (-6)
Gesundheitspolitik/-system	6 (-2)
Erhebungszeitraum	01.-05.04.

Die Internetzensur, der Brexit, die Umwelt- und Klimapolitik sowie die Neuregelung der Organspende sind die Themen, die die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.

Die Internetzensur wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der FDP (18 %) genannt. Unter 30-Jährige nennen das Thema häufiger als über 30-Jährige (32 % zu 6 %).

Der Brexit und die Umwelt- bzw. Klimapolitik werden besonders oft von Anhängern der Linkspartei (jew. 18 %) genannt.

Die Neuregelung der Organspende wird überdurchschnittlich häufig von über 60-Jährigen (15 %) genannt.



## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit	35 (-)
Steigende Mietpreise, Wohnungsnot in Städten, Mietpreisbremse, Debatte über Enteignungen	8 (+7)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	8 (+1)
Schülerstreik "Fridays for Future"	6 (+1)
Umweltpolitik/-schutz	6 (-)
Klimawandel, globale Erwärmung, CO <sub>2</sub> -Ausstoß	6 (-)
EU-Urheberrechtsreform/Artikel 13	5 (-2)
Rentenpolitik/Altersvorsorge, Debatte um Grundrente	5 (+3)
Erhebungszeitraum	09.-10.04.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit der Debatte um den EU-Austritt Großbritanniens. Überdurchschnittlich häufig sehen 50- bis 64-Jährige (40 %) sowie Anhänger der FDP (50 %), der Grünen (46 %) und der Union (44 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Personen mit hoher formaler Bildung nennen es häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (44 % zu 28 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (43 % zu 21 %). Ostdeutsche und unter 35-Jährige (jew. 29 %) sowie Anhänger der AfD (21 %) und der Linkspartei (29 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

